

Aufruf zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus:

**Der 8. Mai muss endlich Gedenktag werden –
auch in Schleswig-Holstein!**

Zusammenbruch der NS-Herrschaft über Deutschland und Europa, bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht, totale Niederlage, Untergang, Katastrophe, Befreiung der Konzentrationslager und Überlebenden der Verfolgung, Sieg der Anti-Hitler-Koalition und Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa, Stunde Null – der 8. Mai 1945 hatte viele Bedeutungen.

Nach 75 Jahren und mehreren Generationenwechseln wird der 8. Mai heute von der Gesellschaft größtenteils als Jahrestag der *Befreiung* von der nationalsozialistischen Diktatur gesehen.

Es ist befremdlich und unverständlich, dass das demokratische Deutschland es bis heute mehrheitlich vermieden hat, den 8. Mai offiziell zu einem seiner wichtigsten politischen Gedenktage zu erheben. Erst diese Zäsur, erst diese Befreiung von außen durch die Alliierten ermöglichte eine 75-jährige friedliche, demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung. Die Zögerlichkeit und Unentschiedenheit im Umgang mit dem 8. Mai wird, je länger das Datum zurückliegt, zum geschichtspolitischen Skandal. Wir müssen endlich vorbehaltlos anerkennen, dass dieser epochale Einschnitt die Bedingung der Möglichkeit für eine humane und demokratische Neuorientierung bezeichnet und für eine Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus steht.

In fünf Bundesländern ist der 8. Mai bereits ein offizieller staatlicher Gedenktag: in Mecklenburg-Vorpommern seit 2002, seit 2015 auch in Brandenburg und in Thüringen, in Bremen seit März 2020 und Berlin hat ihn für 2020 einmalig zum arbeitsfreien gesetzlichen Feiertag erklärt. Jüngst hat auch die 95-jährige Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano nochmals mit Nachdruck gefordert:

„Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten.“

Dieser Aussage schließen wir uns an. Wir fordern die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages und die schleswig-holsteinische Landesregierung auf:

- **den 8. Mai 1945 per Gesetz zum Gedenktag zu bestimmen**
- **und sich für einen entsprechenden Gedenktag auch auf Bundesebene einzusetzen.**

75 Jahre nach dem Ende von NS-Gewaltherrschaft und Zweitem Weltkrieg stärkt dieser Schritt sichtbar und nachhaltig die Erinnerungskultur ebenso wie unsere freiheitliche Demokratie.

Initiatoren

Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte e.V.

Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e.V.

Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e.V.

Erstunterzeichner/innen

Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V. (AKENS)

Prof. Dr. Oliver Auge, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Historisches Seminar

Prof. Dr. Sebastian Barsch, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Historisches Seminar

Björn Engholm, Ministerpräsident a.D., Bundesminister a.D., SPD, Lübeck

Rolf Fischer, Staatssekretär a.D., SPD, Vorsitzender der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Kiel

Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Historisches Seminar

Marlies Fritzen, Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Bündnis 90/Die Grünen

Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Schleswig-Holstein e.V.

Dr. Bettina Greiner, Willy-Brandt-Haus Lübeck

Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein

Dr. Stephan Linck, Studienleiter für Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit in der Evangelischen Akademie der Nordkirche

Gothart Magaard, Bischof im Sprengel Schleswig und Holstein der Nordkirche

Günter Neugebauer, ehemaliger Landtagsabgeordneter, SPD, Rendsburg

Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Historisches Seminar

Dr. Ernst Dieter Rossmann, Mitglied des Deutschen Bundestages (Wahlkreis Pinneberg), SPD

Anke Spoorendonk, Ministerin a.D., SSW

Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung

Dr. Felicia Sternfeld, Geschäftsführende Direktorin des Europäischen Hansemuseums, Lübeck

Prof. Dr. Arne Zerbst, Präsident der Muthesius-Kunsthochschule, Kiel